

## UNSERE FLÜCHTLINGSPOLITIK - HUMANITÄR UND RECHTSSTAATLICH

Weltweit sind immer mehr Menschen auf der Flucht, suchen auch bei uns Schutz vor Verfolgung, Krieg und Armut. Hamburg stellt sich als weltoffene Stadt seiner Verantwortung – humanitär und rechtsstaatlich. So engagiert sich die Stadt aktuell:

- Hamburg stellt in 2013/2014 zusätzliche 70 Millionen Euro bereit.
- Hamburg setzt sich für ein Bleiberecht für gut integrierte Jugendliche sowie für die Einführung eines altersunabhängigen Bleiberechts bei gelungener Integration ein.
- Die sogenannte Residenzpflicht wurde für Hamburger Flüchtlinge deutlich vereinfacht.
- Wir wollen Flüchtlinge integrieren: Wir haben Flüchtlinge erstmals in das Integrationskonzept der Stadt aufgenommen.
- Wir finanzieren Bildungs- und Teilhabeleistungen für die Kinder von Flüchtlingen freiwillig und aus Landesmitteln, weil die Bundesregierung das bisher ablehnt.
- Flüchtlinge können in Hamburg, ebenfalls finanziert aus Landesmitteln, an Integrationskursen teilnehmen.
- Hamburg hat als einziges Bundesland einen Notfallfonds zur medizinischen Versorgung von „Menschen ohne Papiere“. Ihre Kinder können in Hamburg Kita und Schule besuchen.

Zu einer humanitären Flüchtlingspolitik gehört aber auch, dass für alle Flüchtlinge die gleiche Regeln gelten. Das bedeutet:

- Jeder und jedem in Hamburg Schutzsuchenden steht ein faires rechtsstaatliches Verfahren offen. Dabei ist sowohl europäisches als auch Bundesrecht von den Behörden zu beachten.
- Für die gesamte Verfahrensdauer stehen den Betroffenen ein Aufenthaltsrecht, Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sowie eine umfassende, auch medizinische, Versorgung zu.
- Behördliche Entscheidungen können gerichtlich überprüft werden – zudem besteht die Möglichkeit der parlamentarischen Kontrolle im Eingabenausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft bis hin zur Befassung der Härtefallkommission.

Voraussetzung dieses Verfahrens ist jedoch stets, die Identität offen zu legen, einen entsprechenden Antrag zu stellen sowie die persönliche Fluchtgeschichte zu schildern. Das gilt für jeden Schutzsuchenden in Hamburg gleichermaßen, und damit auch für die Männer der „Gruppe Lampedusa in Hamburg“. Wir setzen uns in Berlin und in Europa für eine Veränderung der Flüchtlingspolitik ein, aber solange die aktuellen Gesetze gelten, müssen wir sie anwenden.



An die  
SPD-Bürgerschaftsfraktion

Hamburger Rathaus  
Rathausmarkt 1  
20095 Hamburg

# Kontakt

## Ich habe Interesse

- an Informationen zur Arbeit der SPD-Fraktion.
- am Besuch einer Sitzung der Bürgerschaft.
- an einem persönlichen Gespräch mit einer oder einem Abgeordneten aus meinem Stadtteil.

Mein Stadtteil: \_\_\_\_\_

- an einem persönlichen Gespräch mit einer oder einem Abgeordneten

zum Thema: \_\_\_\_\_

- am Erhalt des E-Mail-Newsletters.

Name: \_\_\_\_\_

Anschrift: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

E-Mail: \_\_\_\_\_

SPD-Bürgerschaftsfraktion, Hamburger Rathaus (3. Stock), Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg  
Telefon: (040) 428 31 - 13 25, Telefax: (040) 428 31 - 24 35, E-Mail: [info@spd-fraktion.hamburg.de](mailto:info@spd-fraktion.hamburg.de)